

Heiner Ganßmann

Einigung als Angleichung? Sozialpolitische Folgen des deutschen Einigungsprozesses.

Es ist nicht unüblich, die im Raum der ehemaligen Realsozialismen stattfindende Systemtransformation als »Sozialexperiment« im großen Stil zu beschreiben. Im Wissenschaftskontext hat ein Experiment nur Sinn, wenn es mit einer Hypothese gekoppelt wird, die durch das Experiment getestet werden soll.

Beim Experiment Systemtransformation, jedenfalls soweit es auf den deutschen Kontext bezogen wird, lautet die meist implizite Standard-Hypothese: Es gibt keine prinzipiellen Hindernisse auf dem Weg der früheren DDR zur sozialen Marktwirtschaft, genauer zu einer Wirtschafts-, Gesellschafts- und politischen Ordnung nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik. Worüber man sich streitet, sind Fragen nach Art und Dauer der Traverse, die im Übergang vom einen zum andern System zu begehen ist, oder nach der möglichen, am Ende erreichbaren Wirtschaftsstruktur (Reindustrialisierung oder der direkte Weg in die Dienstleistungsgesellschaft). Außer Frage zu stehen scheint hingegen die prinzipielle Erreichbarkeit des Ziels: Angleichung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Beitrittsgebiet an die alte Bundesrepublik.

Dagegen möchte ich die Hypothese stellen (deren Überprüfung natürlich jetzt nur im Wege informierter Spekulation möglich ist): Der Einigungsprozeß wird für die neuen Bundesländer weder bei der avisierten Zielstruktur: Höchstwohlstandsniveau mit demokratischem und sozialem Rechtsstaat enden noch wird in absehbarer Zeit eine Angleichung stattfinden. Der Prozeß selbst wird vielmehr erheblichen Druck dahingehend erzeugen (und aus anderen Gründen bestehenden Druck verstärken), daß auch die Alt-Bundesrepublik jene Modell-Eigenschaften verliert, die sie während (und abgeschwächt noch im Anschluß an die) der Golden-Age-Phase¹ des Nachkriegskapitalismus von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre hatte. M.a.W.: Die im Rahmen des Einigungsprozesses und seiner Folgen stattfindenden Bewegungen führen nicht zu einer Angleichung, sondern zu einer dauerhaften Verfestigung regionaler, grob mit der alten BRD-DDR-Grenze kongruenter Disparitäten.²

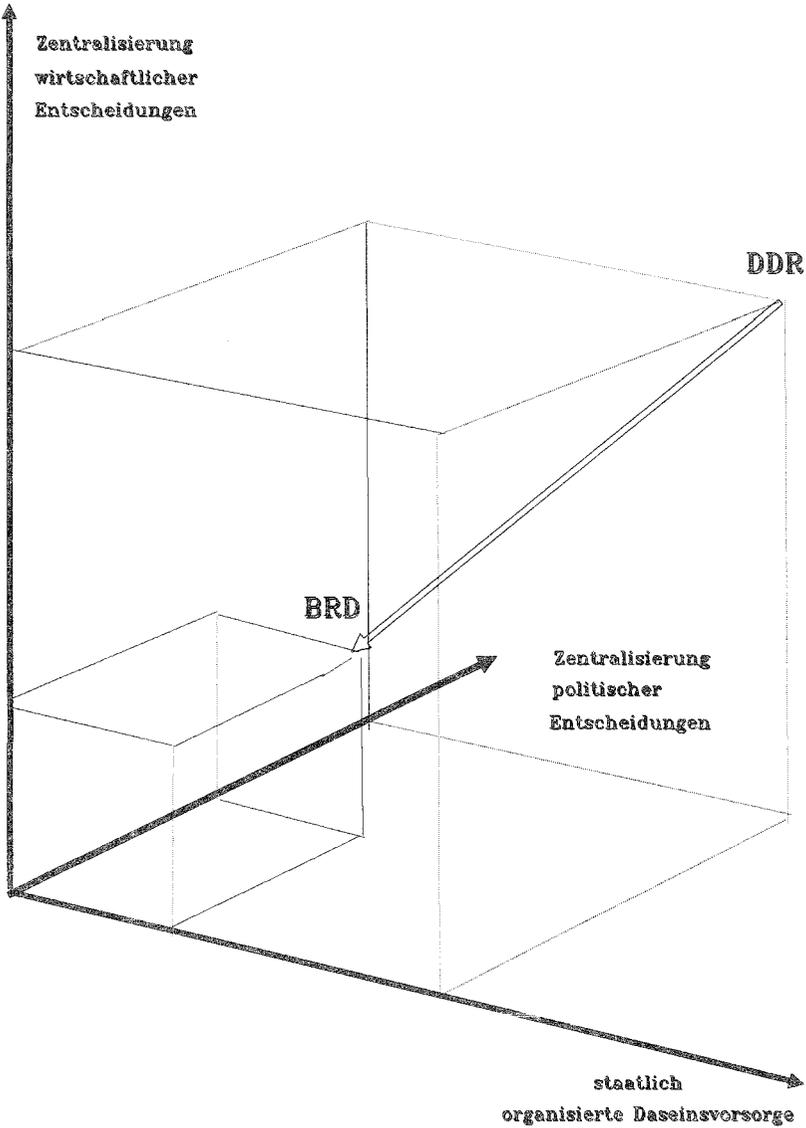
1 Zur These vom Golden-Age als Ausnahmekonstellation vgl. Marglin/Schor (1990)

2 Die Hypothese soll ausdrücklich nicht ausschließen, daß einzelne Regionen (Berlin, Dresden, Leipzig, evtl. Eisenach) auf dem Gebiet der ehemaligen DDR den »Anschluß« an die Entwicklung im Westen finden. Aber für die Masse der alten Industriestandorte im

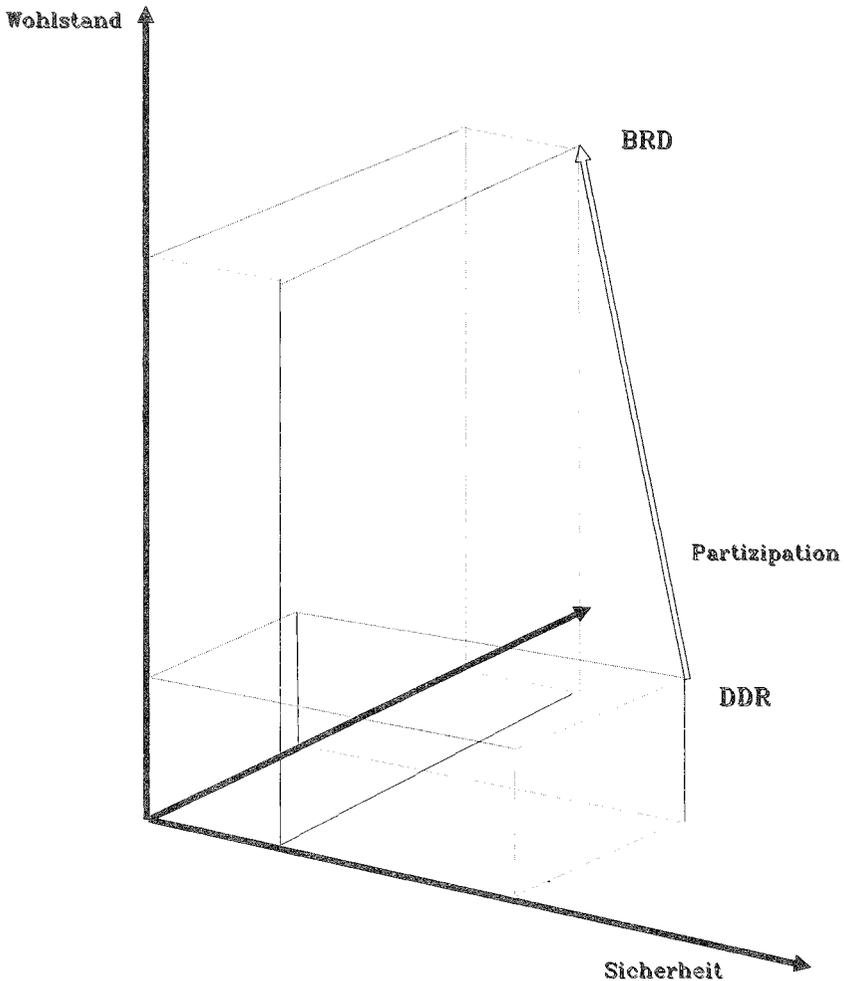
I.

Zunächst möchte ich den analytischen Rahmen skizzieren, in dem ich diese Hypothese diskutiere. Vereinfacht lassen sich Gesellschaftssysteme wie das der alten Bundesrepublik und der DDR durch die Verortung in einem durch drei Dimensionen aufgespannten Raum charakterisieren (Abb.1). Auf der ersten Achse wird der Grad der Zentralisierung wirtschaftlicher, auf der zweiten Achse der Grad der Zentralisierung politischer Entscheidungen, auf der dritten das Ausmaß staatlich organisierter Daseinsvorsorge abgebildet. Auf der ersten Achse läßt sich also der Markt-Plan-Gegensatz in der idealtypischen Spannweite von durchzentralisierter Kommandowirtschaft bis zur total individualisierten Marktwirtschaft darstellen, auf der zweiten Achse der Gegensatz von Diktatur und Demokratie, also der Umfang der Möglichkeiten für die Individuen, an kollektiv bindenden Entscheidungen zu partizipieren, auf der dritten Achse schließlich - nicht das Niveau staatlicher Versorgungsleistungen (gemessen in irgendwelchen Wohlfahrtseinheiten), sondern - die Dichte staatlicher Eingriffe zwecks Gewährleistung von Arbeits- oder Versorgungschancen, also die Antwort auf die Frage: Wie eng hat der Staat das soziale Netz geknüpft? Gesellschaftssysteme lassen sich in diesem Raum verorten: Die DDR hatte einen höheren Zentralisierungsgrad wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen und ein dichter geknüpftes Netz sozialer Sicherungen (wenngleich das materielle Versorgungsniveau natürlich niedriger lag) als die alte Bundesrepublik. Das Transformationsproblem für die fünf neuen Bundesländer läßt sich stark vereinfachend, aber bequem als Bewegung in diesem Raum von der Position der DDR (im Jahr 1989) zu der der alten Bundesrepublik beschreiben. Dabei drängen sich vor allem drei Fragen auf: Erstens die nach den Antriebskräften dieser Bewegung, zweitens die nach ihrer Zielgenauigkeit und schließlich drittens die nach der Dauer. Um die Chancen einer optimalen, also geradlinigen und schnellen Transformation einzuschätzen, muß man darüber hinaus fragen, wieweit die Lagen der betrachteten Gesellschaftssysteme voneinander unabhängig sind, und zudem die Frage nach den Antriebskräften ergänzen um die nach den Beharrungsfaktoren. Um diese Fragen zu beantworten, empfiehlt sich der Wechsel auf die Ebene individueller Akteure. Wiederum grob läßt sich die Situation individueller Akteure in einem dreidimensionalen Raum darstellen, der durch die Achsen materieller Wohlstand, politische Partizipation und Sicherheit (oder Stabilität und Kalkulierbarkeit) der Lebenschancen aufgespannt wird.

Osten läßt sich erstens die Deindustrialisierung nicht mehr verhindern (allenfalls bremsen, aber mit welchen Kosten?) und stellt sich zweitens das Problem: Welche Wirtschaftskräfte und -leistungen sollen einen anschließfähigen Aufschwung tragen?



Die Traverse DDR => BRD



Die Transformationsperspektive eines individuellen Akteurs (O)

Wir können die erhofften Auswirkungen des Systemwechsels aus der DDR-Perspektive auf dieser Ebene (wie nicht unüblich) als Bewegung von einer Situation mit relativ hoher Sicherheit, aber niedrigem Wohlstand und geringen politischen Partizipationschancen zu einer Situation mit geringerer Sicherheit, aber deutlich höherem Wohlstand und deutlich erweiterten Partizipationschancen typisieren. Damit wäre zugleich eine Charakterisie-

rung der Antriebskräfte der Makrobewegung gewonnen³. Es handelt sich typisch um Wohlfahrtsgewinne in der ökonomischen und der politisch-rechtlichen Dimension, die durch einen kleinen Trade-off in Form geringerer Sicherheit⁴ gemindert werden.

In die Diskussion der *ökonomischen* Transformationsproblematik ist sehr früh die Metapher vom Tal der Tränen (J. Sachs, R. Dahrendorf) eingebracht worden: Der Übergang auf ein höheres Leistungs- und deshalb Wohlstandsniveau erfolgt nicht geradlinig, sondern wegen der mit den Systemumstellungen verbundenen, letztlich aber schöpferischen Zerstörungen müssen wir mit dem vorübergehenden Absinken der Wirtschaftsleistung rechnen. Ein paralleles Argument wurde, insbesondere von C. Offe (1991), bezüglich der *politischen* Dimension der Transformation vorgetragen. Offe diagnostiziert ein »Dilemma der Gleichzeitigkeit«: Ist der wirtschaftliche Take-off unter den neu gewonnenen demokratischen Bedingungen möglich, oder hat er - aufgrund der erforderlichen, aber bei demokratischen Interventionschancen kaum erwartbaren Toleranz für krasse individuelle und klassenmäßige Reichtumsunterschiede - nicht gerade (zumindest vorübergehende) Verluste in der Dimension politischer Partizipationsmöglichkeiten zur Voraussetzung? Ich möchte darüberhinaus eine weitere Parallele ziehen: Gibt es nicht auch ein Tal der Tränen in der Dimension der sozialen Sicherheit? Sicherheitsverluste werden nicht automatisch in Größen des Einkommensverlustes mit erfaßt. Vielmehr handelt es sich sowohl um den Verlust der staatlichen Arbeitsplatz- und Versorgungsgarantien als auch um den Verlust lebensweltlicher Gewißheiten durch biographische Brüche, die vor allem durch Arbeitslosigkeit und das Zerbrechen der Bindungen an den und im Betrieb⁵ verursacht werden. Einige dramatische Zahlen aus den neuen Ländern deuten daraufhin, daß der Systemwechsel massenhaft solche Brüche und damit verbundene, teils erzwungene, teils freiwillige Verhaltensänderungen mit sich bringt⁶

Wenn es also drei Täler der Tränen gibt, wie hängen die Bewegungsverläufe und -geschwindigkeiten durch diese Täler miteinander zusammen?

- 3 Die Charakterisierung bezieht sich offensichtlich vor allem auf die Perspektiven individueller Akteure in der ehem. DDR und muß für ein kompletteres Bild ergänzt werden um a) die BRD-Perspektive: Wie sehen hier die typischen Antriebskräfte im Einigungsprozeß aus? Und um b) die Frage nach der Rolle organisierter, kollektiver Akteure.
- 4 Nach den bei Berger (1993, in diesem Heft) zitierten Umfrageergebnissen sind die auf das sozioökonomische System gerichteten Sicherheitsbedürfnisse der Ostdeutschen allerdings deutlich höher als die der Westdeutschen, der Trade-off zwischen Aufstiegs- und Partizipationschancen und Sicherheitsverlust also weniger akzeptabel.
- 5 Zur Bedeutung der Bindung an den Betrieb vgl. Vobruba (1991, S.131ff.)
- 6 Zur Illustration: die Zahl der Eheschließungen ging von 1989: 131Tsd. auf 1991: 50,5 Tsd. zurück, die der Geburten von 199 Tsd. auf 108 Tsd. (Statist. Bundesamt 1992, S.27f.)

Die Metapher vom Tal der Tränen stellt jedenfalls zurecht in Frage, daß der Transformationsprozeß als geradliniges, schnelles Durchschreiten der Traverse ablaufen kann. Sie suggeriert vielmehr, daß zunächst in allen drei Dimensionen des Transformationsprozesses Richtungen weg vom Transformationsziel eingeschlagen werden (müssen). Eine öfter artikuliert Klage über die Treuhandanstalt illustriert, was gemeint ist: Der Weg zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen in der Marktwirtschaft führt über die Einrichtung einer im Vergleich zur alten DDR-Planungsbürokratie noch einmal gesteigert zentralistischen Behörde. Solche (als vorübergehend deklarierten) Abweichungen von der eigentlichen Zielrichtung des Transformationsprozesses sind nicht unrisikant, weil sie ein Eigengewicht entwickeln können. Es ist vor allem denkbar, daß sich die Motive, Absichten und Hoffnungen, die die individuellen Akteure mit dem von ihnen gewollten und getragenen Prozeß der Systemtransformation ursprünglich verbunden haben, unter dem durch Richtungsabweichungen erzeugten Anpassungsdruck so verändern, daß wiederum das Erreichen des ursprünglichen Ziels unwahrscheinlicher wird.

Soviel zur Charakterisierung des Bezugsrahmens, in dem ich das Transformationsproblem diskutieren will. Ich kann im folgenden diesen Rahmen nicht ganz auffüllen, will aber durch die Beobachtung von Wechselwirkungen in den drei abgesteckten Dimensionen einige wichtige und oft vernachlässigte Aspekte des Transformationsprozesses herausarbeiten.

II.

Die folgenden Überlegungen sollen die Hypothese vom wahrscheinlichen Mißlingen des Angleichungsprozesses stützen:

1. Das Ziel, auf das die Traverse gerichtet ist, verschiebt sich - zum einen unter der Kostenlast des Anpassungsprozesses, zum andern, weil dem West-System durch den Wegfall einer wichtigen Komponente seiner Umwelt (nämlich die alternative Systembildung) selbst sozialstaatliche Eigenschaften verlorengehen können. Die Frage, die sich in diesem letzteren Zusammenhang stellt, lautet: Inwieweit hat es in kapitalistischen Wirtschaftsräumen eine signifikante Ausbildung sozialstaatlicher Institutionen ohne den Druck durch die drohende Systemalternative des Sozialismus gegeben?⁷ Die Anschlußfrage, rückbezogen auf den erstgenannten Aspekt der

7 Dabei spielt die prinzipielle Präsenz der Alternative Sozialismus im politischen Diskurs wohl eine wichtigere Rolle als seine reale Existenz, die im reichen, demokratischen Westen eher abschreckende Wirkungen zeitigte. Es bleibt aber richtig, daß etliche sozialpolitische Innovationen in der alten Bundesrepublik Nachahmungen des Konkurrenzsystems darstellten. Vgl. z.B. Hentschel, V. (1983, S. 184) zur Einführung der Lohnfortzahlung im

Kostenlast, lautet dann: Muß man nicht eher mit dem Abbau der Sozialstaatlichkeit im Westen als mit der Angleichung des Ostens an den Westen in seiner Hochleistungsphase rechnen? Das würde die (in der Standardhypothese als möglich unterstellte) Ost-West-Angleichung selbst noch nicht ausschließen, aber ihr eine unerwartete Gestalt geben und sie verzögern: Durch das Absinken des wirtschaftlichen Niveaus kommt der Westen dem Osten entgegen, durch den Rückgang der staatlichen Eingriffe zur Gewährleistung sozialer Sicherheit entfernt er sich. Offen bleibt dabei, was aus dem in der alten Bundesrepublik erreichten Niveau der Demokratisierung bei all dem wird.⁸

Gegenwärtig ist zu beobachten, daß sich mit der Rezession im Westen sogar die Hindernisse für eine wirtschaftliche Annäherung des Ostens an den Westen auf niedrigem Niveau vergrößern. Die staatlichen westlichen Hilfestellungen an den Osten werden zurückgefahren. Die Diskussion um die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit illustriert die Begründungsmöglichkeiten für die entsprechenden Politikveränderungen: Sozialpolitische Leistungen bewegen sich in einer Abwärtsspirale, indem erst Leistungen im Westen zurückgenommen werden mit Hinweis auf die Ausnahmesituation im Osten, dann sollen sie im Osten zurückgenommen werden mit Verweis auf die entstandene »Gerechtigkeitslücke«, die relative Diskriminierung der Arbeitslosen im Westen.

2. Die Verallgemeinerbarkeit des westlichen Nachkriegskapitalismus in seiner Golden Age-Gestalt ist aus mehreren Gründen begrenzt. Der deutsche Fall könnte genau der sein, bei dem diese Grenze mitten durch das Land geht. Bei der in der Bundesrepublik der fünfziger bis siebziger Jahre realisierten Möglichkeit, Demokratie, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Wirtschaftswachstum zu kombinieren, handelte es sich um das Ergebnis einer Ausnahmekonstellation. Seit der »Wiederkehr der Vollbeschäftigungslücke« (Berger 1982) Mitte der siebziger Jahre sind die sozialstaatlichen Sicherungseinrichtungen unter Druck und sozioöko-

Krankheitsfall für Arbeiter. Diese Überlegungen betreffen die oben angeschnittene Frage der Unabhängigkeit der Positionen, die die beiden Systeme, zwischen denen die Transformation ablaufen soll, ursprünglich einnahmen: Sind diese Positionen, etwa wegen sozialpolitischen Nachahmeverhaltens und Systemkonkurrenz, nicht voneinander unabhängig, dann kann man auch nicht erwarten, daß das System, das das Transformationsziel abgibt, unverrückbar an der alten Position kleben bleibt.

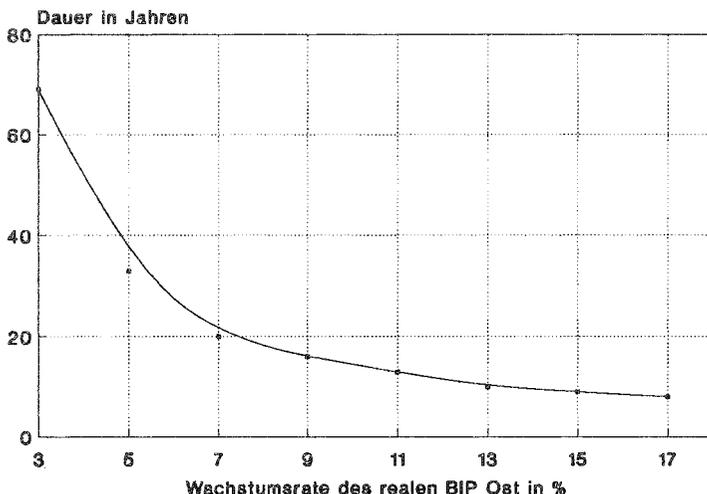
- 8 Die ostdeutschen Bürgerbewegungen, die zu den wichtigsten Motoren des Zusammenbruchs der DDR gehörten und Träger von weitergehenden Demokratisierungsbestrebungen waren, haben beim Institutionenimport kaum Mitwirkungsmöglichkeiten behalten und sind in der »Normalität« des westdeutschen politischen Verbände- und Parteiensystems praktisch verschwunden. Unterdessen erfordert aus regierungsamtlicher Sicht der Aufschwung Ost offensichtlich den Verzicht auf Bürgerinnenbeteiligung, auf Einspruchsmöglichkeiten gegen staatliche Planungen, etc.

nomische Polarisierungen haben zugenommen (die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden, der Abstand der Arbeitsloseneinkommen zu den Durchschnittseinkommen aus abhängiger Arbeit ist gewachsen, usw.). Die Wachstumseuphorie ist verfliegen, das Wissen um die mehr oder weniger verborgenen Kosten des alten BRD-Wohlstandsmodells ist gestiegen. An diesem Modell orientierte mimetische Anstrengungen in den ostdeutschen Bundesländern werden deshalb im Westen mit Skepsis und Zurückhaltung, wenn nicht mit stärkeren Gefühlen beobachtet. (Wobei man in soziologisch verfeinerter Perspektive hier anfügen könnte, daß, ganz unabhängig von der Berechtigung solcher Skepsis, die hier zum Ausdruck kommende paternalistische Haltung der Westdeutschen gegenüber den Ostdeutschen selbst ein bedeutsames Integrationshindernis darstellt).

3. Hinzukommt das Problem der Kostenakzeptanz im Westen. Die Frage, die man sich für Sozialpolitik generell stellen muß: Warum sollen die reicheren Teile einer gegebenen Bevölkerung eine Umverteilung zugunsten der ärmeren akzeptieren, tolerieren? stellt sich für West-Ost-Transfers angesichts der Vergangenheit von 40 Jahren weitgehend getrennter Geschichte zugespitzt. Warum sollen die Westdeutschen, als der (im Durchschnitt deutlich) reichere Bevölkerungsteil, auf lange Frist eine Umverteilung an die Ostdeutschen als der (im Durchschnitt) ärmere Bevölkerungsteil, akzeptieren? Wir stehen erst am Anfang der Diskussion dieser Frage, einerseits weil sie bisher durch das nationale Pathos der in der Politik und öffentlichen Meinung dominanten älteren Generationen (etwa Jahrgang 1940 und älter) zugeschüttet blieb, andererseits weil bisher zur Finanzierung der West-Ost-Transfers hauptsächlich der schmerzlose Weg der staatlichen Kreditaufnahme gewählt wurde. Reicht, wenn die wirkliche Höhe der Belastungen spürbar wird, von der politischen Führung her gesehen das Auspielen der »nationalen Karte«, um die erforderliche Solidarität (sprich: Zahlungsbereitschaft) zu erzeugen? (Vgl. Ganßmann 1992) Oder kann man politisch auf Zustimmung weitgehend verzichten und auf die stumme Gewalt von Zwangsbeiträgen setzen? Die Antwort auf diese Fragen ist zunächst abhängig von der Höhe der für die Systemtransformation der ehem. DDR erforderlichen Belastungen, dann von ihrer Verteilung. Über die Höhe der Belastungen läßt sich grob sagen: 1992 betrug die Brutto-Transfer-Leistungen von West- nach Ostdeutschland (inkl. Ostberlin) 234 Mrd. DM, netto blieben immerhin 150 Mrd. DM. Wenn man Sekundäreffekte wie Wachstumsimpulse und Entlastungen aufgrund der Vereinigung im Westen (Wegfall der Berlin- und Zonenrandgebieteförderungen) in Rechnung stellt, blieben 137,5 Mrd. DM an effektiven Belastungen (vgl. Sachverständigenrat 1992, S. 144). Pro Kopf der Wohnbevölkerung der alten Bundesländer ergibt das eine jährliche Durchschnittsbelastung von

etwa 2100 DM, das sind 8% des 1992 pro Kopf verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Aus der Portokasse läßt sich das wohl nur noch in Versandhäusern bezahlen. Bei der Höhe dieser Belastungen wird es, nach allem, was wir über die Dauer der Einigung mit Angleichungsziel bisher wissen, auf viele Jahre bleiben.

Dauer der Angleichung Unterstellte Wachstumsrate West 2%



(n. Scheremet DIW Wochenbericht 7/1992)

Eine wichtige Frage ist, in welchem Ausmaß diese Belastungen durch hinreichendes Wirtschaftswachstum aus dem jährlichen Reichtumszugewinn getragen werden können. Je weniger das der Fall ist, umso wichtiger wird die zweite Frage: Wie sind die Belastungen verteilt? Eine solche Frage ist notorisch schwer zu beantworten, zumal auch noch die zeitliche Verteilung (Wann kommen die Belastungen bei denjenigen an, die sie schließlich zu tragen haben?) eine Rolle spielt. Die wenigen Hinweise, die sich aus dem vorliegenden empirischen Material gewinnen lassen, sprechen nicht dafür, daß die Akzeptanz der gegenwärtigen Lastverteilung auf die Dauer sehr hoch sein kann: Die vor allem über parlamentarisch wenig kontrollierte Schattenhaushalte betriebene Verschuldung impliziert nicht primär, daß die Lasten an künftige Steuerzahler weitergegeben werden. Das setzte voraus, daß der Staat tatsächlich netto Schulden tilgte (und nicht nur, wie üblich, refinanzierte). Die Verschuldung bedeutet vielmehr einerseits, daß privates Vermögen in großem Stil in öffentlich finanzierte Konsumausgaben verwandelt wird, und andererseits, daß ein immer größerer Teil der vom lau-

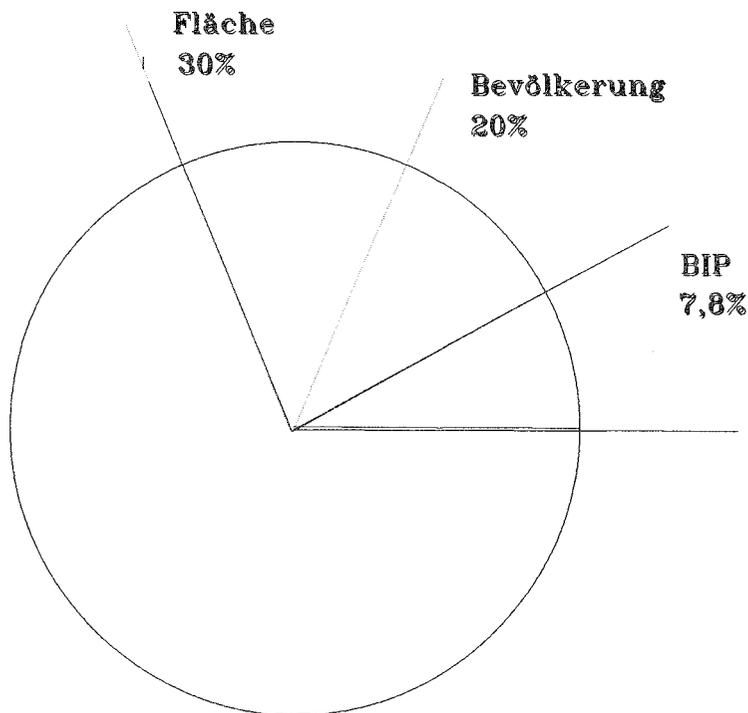
ferd erzeugten Einkommen abgezweigten Steuern als genuin arbeitsloses Einkommen in Form von Zinszahlungen an die Staatsgläubiger fließt. Dieser Umverteilungsvorgang ist zwar für die Steuerzahlerinnen kaum durchschaubar, er hat aber sogar im konservativ neoklassischen Weltbild für die Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft negative Konsequenzen, weil »falsches« Verhalten prämiert wird. Die Belastungen durch höhere Steuern sind jedenfalls für die Betroffenen umso weniger akzeptabel, je mehr der Bestimmungsort der damit erhobenen Ressourcen, also ihre Verteilungswirkungen bekannt werden. Dies gilt noch mehr für die zweite große Form der Finanzierung von West-Ost-Transfers über Sozialversicherungsbeiträge (s.u.), die wegen des automatischen Ausschlusses einer Palette gut verdienender sozialer Gruppen eine noch selektivere Lastverteilung impliziert als die bisher vorgenommenen Steuererhöhungen.

III.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen geht es mir im folgenden um eine Betrachtung der Entwicklung seit Dezember 1989 unter dem Gesichtspunkt: Was spricht für, was gegen die Vermutung oder Hoffnung, daß die Angleichung auf dem Programm steht und erreichbar ist? Dabei möchte ich absehen von der inzwischen gänzlich verfliegenen, gesamtdeutschen Anfangseuphorie, in der das »Glück der wiedergefundenen Einheit« gleich in die Hoffnung auf ein zweites deutsches Wirtschaftswunder überschwappte. Welche Faktoren können gegenwärtig angeführt werden, um die Hypothese einer zügigen Angleichung zu stützen, welche sprechen dagegen? Abb.4 gibt einen Hinweis auf den Abstand, der zu überbrücken ist. Bei etwa 30% Flächen- und 20% Bevölkerungsanteil belief sich die Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands 1991 auf 6,7% und 1992 auf 7,8% der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung. In wirtschaftlicher Hinsicht hieße Angleichung also, daß 20% der Bevölkerung bei vergleichbarer Sozialstruktur auch in etwa 20% des Bruttoinlandsprodukts erzeugen müßten und damit die West-Ost-Transfers überflüssig machten.

1. Positive Faktoren

a) Beiträge des Westens: Ausdehnung des »bewährten« westdeutschen Systems wirtschaftlicher, rechtlicher und administrativer Institutionen; Einbeziehung der ehem. DDR in den Geltungsbereich des bundesrepublikanischen Rechts per Einigungsvertrag, mit wenigen Übergangsregelungen. Angezielt wurden damit: die Herstellung von Rechtssicherheit und von berechenbar funktionierenden, administrativen Strukturen im staatlichen Bereich; die Privatisierung der staatseigenen Wirtschaftsbetriebe durch die



Anteile der neuen Länder (einschl. Berlin Ost) an Deutschland

Einrichtung einer staatlich organisierten und finanzierten, aber mit Spitzenkräften der Privatwirtschaft (als »know-how«-Importeure) besetzten Superbehörde, der Treuhandanstalt. Freisetzung der selbstregulativen Marktkräfte; Infrastruktursanierung und -aufbau im öffentlichen Sektor (Verkehr und Kommunikation). Soziale »Abfederung« dieser Umbrüche durch die sozialstaatlichen Institutionen, insbesondere die Bundesanstalt für Arbeit. Längerfristig wirksam ist die Reform der Bildungseinrichtungen.

b) Ressourcen aus ehem. DDR: Fachlich gut qualifizierte Arbeitskräfte, traditionelle Industrie»kultur«, geographisch tendenziell günstige Lage in Mitteleuropa.

c) Im Zusammentreffen von Westressourcen und Ostmanpower ergeben sich für einen Teil der Ostdeutschen erhebliche Aufstiegschancen, nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen und im Verwaltungsbereich. Die Darstellung und Wahrnehmung von Aufwärtsmobilität müßte als eine Art Antidepressivum wirken.

2. Ambivalente Faktoren:

a) *Rich uncle solution*: Im Vergleich zu den Transformationsprozessen in Polen, Ungarn usw. soll der ostdeutsche durch viel Geld und Unterstützung aus dem Westen erleichtert werden. Im Osten wird derselbe Vorgang jedoch vielfach als »Kolonialisierung«⁹ gelesen und er kann eher Abhängigkeit als Vertrauen auf die eigene Leistung erzeugen. Problem»lösungen«, die unter ganz anderen Bedingungen entwickelt wurden, sollen aus dem Westen fertig importiert werden (vgl. detaillierter Lehbruch 1993). Im Ergebnis werden viele Probleme einfach dadurch bearbeitet, daß man ordentlich Geld auf sie wirft. Sie werden dadurch aber nicht gelöst (z.B. entspannt der massenhaft vorgezogene Ruhestand, der die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit außerordentlich belastet, zwar momentan den Arbeitsmarkts, aber trägt auf die Dauer nur negativ zur erforderlichen Steigerung der Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland bei, weil das Erwerbstätigkeitsvolumen verringert und die »Rentnerlastquote« erhöht wird).

b) Die östlichen Ambitionen, die Errungenschaften des Westens für sich selbst zu realisieren, wirken positiv im Sinne von Anreizen, negativ insofern falsche Vorstellungen von der Funktionsweise des westdeutschen Systems zu Fehlsteuerungen (der Individualfall heißt Krause) führen oder insofern bereits als solche erkannte, institutionelle Fehlentwicklungen wiederholt werden, nicht zuletzt dank der strategischen Interventionen von seiten westdeutscher Interessenten (vgl. Lehbruch 1993, insbesondere S.32f. zum Gesundheitssystem, zur Organisation der Sozialversicherung und zur Rundfunkpolitik).

c) Ambivalent sind sicher nach wie vor die Auswirkungen der (in der DDR mit der Währungsunion verordneten) Schocktherapie, die nach ihren Befürwortern zu einer Anpassungsbeschleunigung führen soll, tatsächlich aber verbreitet ein »sozialstrukturelles Orientierungsvakuum« (P.A. Berger, in diesem Heft) hervorgebracht hat.

9 Vgl. die von P.A. Berger (in diesem Heft) zitierten Umfrageergebnisse.

3. Negative Faktoren:

a) Die von 40 Jahren DDR geprägte Wirtschaftsgesinnung (Arbeitsmoral, Leistungsbereitschaft, Initiative, Innovationsfreudigkeit, Risikoverhalten) ist für den Aufbau einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen, von der privatisierten Industrie getragenen Wirtschaft dysfunktional. Diese typische Wirtschaftsgesinnung hatte ihre eigene Rationalität unter DDR-Bedingungen, konfligiert aber mit den neuen Anforderungen: »Allenthalben sitzen die Leute in ihren Betrieben herum und warten, daß sie entlassen werden, lautet die Klage der Geschäftsführer und der westdeutschen Qualifizierer. Sie fordern Eigeninitiative und Flexibilität ein und damit eine unbequeme Lebensführung, von der im Sozialismus die meisten zumindest keine Vorteile gehabt hätten. Das stationäre Muster des eigenen Lebens, an das man sich gewöhnen mußte, barg für den Werktätigen auf Dauer die größte Rationalität des Verhaltens... Nun plötzlich alles anders machen zu sollen, erscheint plausibel nur dann, wenn man bereits vorher weiß, daß der Streß sich auch lohnen wird. Da hierfür aber niemand die Garantie übernimmt und sich schon im mittleren Lebensalter die Zeit der Marktchancen verknappt, wäre es unvernünftig, statt auf Versorgung über Verhandlungen nun plötzlich auf die eigene Kraft zu vertrauen.« (Neckel 1992, S.675)

b) Analoges gilt für das typische administrative Verhalten: Im Westen werden die klassischen bürokratischen Tugenden der Regelbindung, der rechtlichen Überprüfbarkeit, damit Berechenbarkeit von Verwaltungsentscheidungen betont, im Osten besteht und hält sich in vieler Hinsicht die Tradition der ad hoc am Einzelfall und an Bedürfnissen orientierten Entscheidung. Die öffentlichen Verwaltungen schaffen so nicht gerade das für den Aufbau einer kapitalistischen Ökonomie günstigste Umfeld.

c) Sonstige Altlasten (Eigentumsfragen, Umweltschäden, Altschulden) behindern und verzögern die für den Neuaufbau erforderlichen Investitionen. Unter die Altlasten kann man auch die politischen Belastungen rechnen, die viele Entscheidungsträger der ehem. DDR von deshalb nur schwer mit qualifizierten Ostdeutschen besetzbaren, politischen oder administrativen Stellen ausschließen.

Die Tatsache, daß die Abarbeitung dieser Probleme viel Zeit erfordert, führt zur Verstärkung eines weiteren, sehr wichtigen Negativfaktors:

d) Für den Neuaufbau wesentliche Arbeitskraftpotentiale gehen im Osten laufend verloren (durch Abwanderung¹⁰, Demotivierung, Ent- oder Fehlqualifizierung), je mehr, je länger die desolante Lage auf dem Arbeitsmarkt

10 Die Wanderungsverluste beliefen sich 1989-91 im Saldo auf 912 Tsd. Personen; 1990 im Vergleich zu 1988 betrug der Bevölkerungsverlust insgesamt 647 Tsd., davon 286 Tsd. (=44%) in der Altersgruppe zwischen 18-25 Jahren (Statist.Bundesamt 1992, S.26, 30).

andauert und je deutlicher wird, daß die erhoffte Angleichung an den Westen nur »in the long run« möglich sein kann.

Die negativen Selektionseffekte auf dem Arbeitsmarkt können ihrerseits das bekannte Problem verstärken:

e) Ein noch sehr fragiles demokratisches Politikverhalten verliert wichtige Träger; autoritäre Gesinnung, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit bauen neue Abgrenzungen auf, wo Vermischungen und Synergieeffekte gefragt wären.

Schließlich fehlen mit der »bürgerlichen« Kultur

f) unternehmerische Eliten (und es besteht eine deutliche Aversion gegen importierte Westeliten). Die Selbsteinstufungen der Ostdeutschen im gesamtdeutschen Schichtungsgefüge (Noll/Schuster 1992, S. 216f.) könnte man subaltern nennen.

Mit Blick auf die vier letztgenannten Faktoren kann man, Wiesenthal (1993, S.6, 18) folgend, sowohl ein endogenes »Akteursdefizit« als auch den »Übergang der Handlungskompetenz an externe Akteure« beobachten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die für die Wirtschaftsentwicklung wohl entscheidende Frage:

g) Was sollen die von den »Fesseln der Planwirtschaft« befreiten, privatisierten und neugegründeten, mit »olympiareifen Kernbelegschaften« bestückten Betriebe in den neuen Bundesländern eigentlich produzieren, selbst wenn einmal alle Investitionshemmnisse abgebaut, alle Umqualifikationen vorgenommen, alle Privatisierungen gelaufen sind und sich sogar eingengewachsene Unternehmereliten eingefunden haben? Man kann darauf eigentlich nur antworten: Der Markt muß es und - in der optimistischen Variante - wird es schon richten.

Aber es ist relativ unwahrscheinlich, daß die Marktpulse in Richtung erneut gesteigerter industrieller Produktion führen. Aus der Beobachtung der längerfristigen, globalen Wirtschaftsentwicklung und des damit einhergehenden Strukturwandels ergibt sich vielmehr die These: Die Entwicklung des gesamtdeutschen Industriepotentials wird bestenfalls nach dem Muster eines 0-Summen-Spiels verlaufen. Beschäftigungsschrumpfung in der Industrie und Umstrukturierung stehen nicht nur aus Gründen der gegenwärtigen Rezession, sondern wegen der im Trend absehbaren weltwirtschaftlichen Konstellation an. Für das 0-Summenspiel um das Industriepotential gilt: Was der Osten gewinnt, verliert der Westen und umgekehrt.

Beide deutsche Staaten waren vergleichsweise überindustrialisiert, die DDR noch mehr als die Alt-BRD. Beiden standen zum Vereinigungszeitpunkt und stehen heute noch strukturelle Anpassungen in Richtung Tertiärisierung bevor, die mit erheblichen Beschäftigungsproblemen verbunden sind. Als herausragendes Beispiel für die Notwendigkeit, aber auch die

Verschlungenheit struktureller Anpassungen hat das »Flaggschiff« der westdeutschen Industrie, die Automobilbranche, zwar in den letzten zehn Jahren gegen den europäischen Trend, aber zu Lasten der europäischen Konkurrenten noch Beschäftigungszuwächse verzeichnet. Es war jedoch schon lange klar, daß auf dem Automobilssektor der Verdrängungskampf unter anderm zum Aufbau von Überkapazitäten geführt hat, die irgendwann einmal abgebaut werden müssen. Die Frage war nur: Wer ist wann zuerst dran? Die Frage stellt sich jedoch, bei wachsender Produktivität und wachsenden Produktionskapazitäten in neuen weltwirtschaftlichen Wachstumsregionen, nicht nur für die Automobilbranche, sondern für fast alle klassischen Industriebereiche. Für die in diesem Strukturwandel jeweils verbleibende Industrie (aber auch gesamtwirtschaftlich) in Deutschland gilt: In einer Hochlohnökonomie¹¹ verbietet es sich, daß man konkurrenzfähig dieselben Dinge produziert, die man in Taiwan, Singapur oder Südkorea, aber vielleicht demnächst auch in Polen, Ungarn oder Tschechien aufgrund der dortigen Lohnniveaus erheblich billiger produzieren kann. Man kann einzelne Märkte und Branchen mittels Subventionen stützen und gegen Konkurrenz abschotten (und damit vielleicht für Teile der Industrie wiederholen, was seit Jahrzehnten in Bergbau und Landwirtschaft praktiziert wird), aber man kann sich das - genauso wie einigermaßen komfortable soziale Sicherungssysteme - auf Dauer nur leisten, wenn ein Hochleistungssegment der Wirtschaft¹² die nötigen Ressourcen durch Export- und Weltmarktkonkurrenzfähigkeiten einspielt. Angesichts der Tatsache, daß weder die ehem. DDR noch die Alt-BRD mit Naturreichtümern oder sonstigen, besonders günstigen materiellen Produktionsbedingungen gesegnet waren und sind, geht es, abgesehen von aufgrund ihrer regionalen Standortvorteile unbedrohten Vor-Ort-Produktionen, für die verbleibende Industrie darum, mit technologisch avancierten, innovativen Produkten die Vorteile, die die Bundesrepublik hat, auszunutzen (und nicht - wie z.Z. in Ostdeutschland - weitgehend zu verspielen). Diese Vorteile bestehen vor allem und einfach aus qualifizierten, motivierten Arbeitskräfte in einem die Wirtschaftsleistung begünstigenden, sozialen und politischen Umfeld.

Diese Vorteile hängen nicht zuletzt mit der Funktionsfähigkeit des sozialen Sicherungssystems zusammen, die durch die Instrumentalisierung der Sozialversicherungen im Einigungsprozeß jedoch beeinträchtigt wird. Am

11 Es gibt natürlich auch die Alternative, die z.Z. in Großbritannien versucht wird: Durch Anpassung der Löhne nach unten die Konkurrenzfähigkeit mit den neuen Industrieländern wiederzugewinnen. Selbst abgesehen von dem klassennäßigen Bias in der Lastenverteilung sieht diese Option bisher überhaupt nicht vielversprechend aus.

12 Das es sich dabei nicht unbedingt um Industrie (jedenfalls im herkömmlichen Sinne) handeln muß, zeigt das Beispiel Hollywoods, oder der Unterhaltungsbranche insgesamt, in den USA.

krassesten findet diese Instrumentalisierung bei der Arbeitslosenversicherung statt. Die folgende Tabelle zeigt, daß der Anteil der gesamten staatlichen sozialen Leistungen an private Haushalte in den neuen Ländern ziemlich genau proportional dem Anteil dieser Haushalte ist, daß aber die Leistungen der Arbeitslosenversicherung (jedoch nicht die der vom Bund bezahlten Arbeitslosenhilfe!) weit überproportional (auch im Verhältnis zu den Arbeitslosenzahlen) nach Ostdeutschland fließen.

Soziale Leistungen an private Haushalte

Anteil der neuen Länder und Berlin Ost an Deutschland in %

(Quelle: Essig et al. 1993, S.171)

	1991	1992
Soziale Leistungen an private Haushalte	16,7	20,7
Renten	13,5	16,5
Leistungen der Arbeitslosenversicherung	44,5	49,5
Arbeitslosengeld	33,0	37,4
Kurzarbeitergeld	95,4	73,6
Sonstige Leistungen der ALV	33,0	57,5
Arbeitslosenhilfe	4,5	15,5
Geldleistungen der Krankenversicherung	10,0	14,2
Gesetzliches Kindergeld	16,3	17,0
Erziehungsgeld	22,0	18,4
Wohngeld	2,2	32,4

Die eingeschlagene wirtschaftspolitische »Wachstumsstrategie« (vgl. SVR 1992, S.182ff.) könnte zwar vielleicht sogar in einem Austeritätsklima Erfolg versprechen, aber nur, wenn dabei nicht auch noch im Westen die impliziten Kontrakte und Reziprozitätsnormen verletzt werden, auf denen motivational die Leistungsbereitschaft der Wirtschaftsakteure (und das sind zu 90% abhängig Beschäftigte) aufruht.¹³ Zu diesen impliziten Kontrakten und Reziprozitätsnormen gehört im Westen auf jeden Fall der Konsens darüber, daß es effektive und effiziente soziale Sicherungssysteme geben muß. Sie werden von den Beitragszahlern und Leistungsempfängern unter der Norm einer (wenngleich teilweise imaginären) Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung beobachtet. Die Verletzung solcher Normen, das

13 Man muß wohl davon ausgehen, daß sich neue Reziprozitäten in den neuen Bundesländern bisher noch nicht eingespielt haben, die Chancen dafür allerdings auch eher gering waren. Nicht eingehaltene Versprechen und damit verbundene Enttäuschungen dienen nicht der erforderlichen Stabilisierung von wechselseitigen Erwartungen. Die Nichteinhaltung des Tarifvertrags in der Metallindustrie von Seiten der Unternehmer ist in dieser Hinsicht nur das letzte Glied einer offenbar wachstumsfreudigen Kette.

Brechen eines stillschweigenden Konsenses über das, was die Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung allgemein im Arbeitsleben ausmacht, hat erhebliche Folgen. Illustrieren läßt sich dieser Zusammenhang mit Hilfe des im Realsozialismus entstandenen Witzes, der eine letztlich verheerende Arbeitseinstellung charakterisiert und begründet: »Der Staat tut so, als würde er uns bezahlen, wir tun so, als würden wir arbeiten«. Der Realsozialismus ist nicht zuletzt an der damit ausgedrückten Trotzeinstellung zugrundegegangen (vgl. Ganßmann 1993), die den äußerlich gelungenen Aufbau sozialer Fiktionen durch Passivität unterläuft. Was wäre, wenn sich zu dieser im Realsozialismus verbreiteten Attitüde ein realkapitalistisches Äquivalent aufbaut, wenn also der offizielle politische Diskurs mit seinem Dauerverweis auf schwer ablehnbare Normen wie »(nationale) Solidarität«, »Teilen«, »Gerechtigkeit« auf - als ungerecht empfundenen - Zumutungen besteht, die von den Betroffenen wegen mangelnder Artikulationschancen nicht öffentlich zurückgewiesen, sondern nur stillschweigend unterlaufen werden können?

Derlei Vorgänge sind empirisch schwer dingfest zu machen. Für die Beurteilung der Angleichungschancen, um die es hier geht, ist aber vielleicht schon genug gesagt, wenn man sich - last not least - einfach vor Augen führt, daß selbst im Jahre 3 nach der Einigung die Anstrengungen zum Um- und Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern vom Niveau her immer noch nicht den Anforderungen entsprechen, die gestellt sind, wenn sich der Abstand zwischen West und Ost in relevanten Zeiträumen verringern soll. Zwar sind die Investitionen, insbesondere die öffentlichen Bauinvestitionen, in den ostdeutschen Ländern beträchtlich gesteigert worden, aber die Anlageinvestitionen (das sind Bau- und Ausrüstungsinvestitionen zusammengenommen) je Erwerbstätigen lagen auch 1992 noch bei nur 84,8% des westdeutschen Niveaus (Essig et al., 1993, S.171), das in diesem Jahr nicht gerade hoch war. Damit die ostdeutschen Länder ans »Einholen und Überholen« gehen könnten, müßte das dortige Investitionsniveau, vor allem auch jenseits der Baubranche, das westdeutsche übertreffen. Mit der eingetroffenen Rezession im Westen mußte jedoch die Hoffnung, daß sich diese Anstrengungen, soweit sie vom Westen ausgehen, noch steigern könnten, korrigiert werden.

IV.

Zusammenfassend ergibt sich erstens, daß die Hoffnungen auf ein schnelles und zielgenaues Durchlaufen der DDR->BRD-Traversal, soweit es nicht nur um die Übertragung von Institutionen, sondern um die realen Lebens- und wirtschaftlichen Verhältnisse geht, bereits enttäuscht sind. Zweitens

werden auch die Hoffnungen auf eine zeitlich hinausgeschobene Angleichung wahrscheinlich nicht oder allenfalls partiell erfüllt werden. Wenn es denn doch eine Angleichung geben sollte, dann auf einem für die Westdeutschen abgesunkenen Niveau.

Katastrophenszenarios, sowohl für den Westen als auch gesamtdeutsch, sind trotzdem eher unangebracht. Wieviel geht schief, wenn es mit der Angleichung schiefeht? Einerseits besteht das langwierige Problem, wieweit sich die auf dem Arbeitsmarkt überflüssig Gemachten mit ihrem staatlich alimentierten, erzwungenen, aber zur Zeit und zum Teil noch kaschierten Rentnerdasein abfinden. Andererseits kann man in einer distanzierten Makroperspektive daran festhalten, daß andere Länder mit stabilen, regionalen Disparitäten umgehen können, genauso wie man mit einem niedrigeren Wohlstandsniveau und einer schwächeren Weltmarktposition leben kann. Dafür kann es so gute Gründe geben, daß sich sogar die Deutschen mit einer andern Rolle als der der Wirtschaftswunderkinder abfinden könnten. Umgekehrt können sich die Anpassungsprobleme an neue Bedingungen gewaltig steigern, wenn man sich weigert, diese Bedingungen beizeiten zur Kenntnis zu nehmen. Sie verschlechtern sich dann.

Insbesondere im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme der alten Bundesrepublik besteht das Risiko, daß ihre Nutzung als Krücken des Einigungsprozesses zu Erosionstendenzen führt. Wenn die Sozialversicherungen wie bisher mit versicherungsfremden Leistungen überlastet, die Beiträge erhöht, zugleich aber die erwarteten Nutzen für die Beitragszahler drastisch gesenkt werden, droht vor allem die als normative Grundlage des Systems dienende Versicherungsidee Schaden zu nehmen. Einerseits kann das von seiten der Beitragszahler zu Ausgrenzungsbestrebungen gegenüber denjenigen führen, die eine als illegitim wahrgenommene Aufnahme in das System gefunden haben. Der Spielraum für solche Ausgrenzungsbestrebungen ist jedoch bei der gegebenen Organisationsform des Sozialstaats in der Bundesrepublik gering. Andererseits dürften, wie es sich in den Krankenversicherungen schon verstärkt abzeichnet, Ausscheroptionen vermehrt gesucht und genutzt werden.. Damit könnte vor dem Hintergrund wachsender Verschuldung und leerer Staatskassen die schon längst präsentierte, konservative Option zum Zuge kommen, wonach die relativ zugangsoffenen sozialstaatlichen Sicherungssysteme soweit wie möglich zu ersetzen sind durch eine Kombination von staatlich gewährter, bedürfnisorientierter (und nur nach Bedürftigkeitsprüfung bewilligter) Minimalversorgung (nach dem Muster der Sozialhilfe) und privatwirtschaftlich organisierten Versicherungen. Die besser Betuchten verlassen die sozialstaatlich administrierte Risikogemeinschaft, weil diese einen überproportionalen Teil der Einigungskosten zu tragen hat und deshalb die Mitgliedschaft zunehmend unat-

traktiv wird. Eine derartige Erosion der sozialstaatlichen Säule des »Modells Deutschland« bedeutete in der Tat, daß sich das sozioökonomische Zielsystem, auf das hin sich die ehemalige DDR beim Start des Einigungsprozesses entwickeln sollte, im Zuge dieses Prozesses kräftig in Richtung »mehr Markt« und weg von sozialpolitisch gestütztem Interessenabgleich verändert hätte. Mit der dauerhaften Ost-West-Disparität wäre ein solches System jedenfalls besser verträglich als das alte.

Literatur:

- Berger, J. (1982), Die Wiederkehr der Vollbeschäftigungslücke, in: Matthes, J. (Hrsg.)(1982), *Krise der Arbeitsgesellschaft?*, Frankfurt a.M., S.309-320.
- Berger, P. A. (1993), Sozialstrukturelle Umbruchdynamiken, in diesem Heft.
- Essig, H., Strohm, W. et.al. (1993), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1992, *Wirtschaft und Statistik* 3, 1993, S.167-190.
- Ganßmann, H. (1992), Der nationale Sozialstaat und die deutschdeutsche Solidarität, in: *PROKLA* 89, S.622-645.
- Ganßmann, H. (1993), Das Ende einer Wirtschaftsplanung, in: Kohli, M., Joas, H. (Hrsg.), *Der Zusammenbruch der DDR*, Frankfurt a.M., S. 172-193.
- Hentschel, V. (1983), *Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880-1980*, Frankfurt a.M.
- Hickel, R., Hnster, E.-U., Kohl, H. (Hrsg.)(1993), *Umverteilen, Schritte zur sozialen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands*, Köln.
- Lehmbruch, G. (1993), Der Staat des vereinigten Deutschland und die Transformationsdynamik der Schnittstellen von Staat und Wirtschaft in der ehemaligen DDR, in *BISS public*, H.10, S.21-41.
- Marglin, S.A., Schor, J.B. (Hrsg.) (1990), *The Golden Age of Capitalism*, Oxford.
- Mayer, K.U. (1993), Die soziale Ordnung der DDR und einige Folgen für ihre Inkorporation in die BRD, in *BISS public*, H.11, S.39-55.
- Neckel, S. (1992), Deutsche Abgrenzungskämpfe, in: *Merkur*, H.8, S.669-679.
- Noll, H.-H., Schnster, F. (1992), Soziale Schichtung und Wahrnehmung sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich, in: Glatzer, W., Noll, H.-H. (Hg.)(1992), *Lebensverhältnisse in Deutschland, Ungleichheit und Angleichung*. Soziale Indikatoren XVI, Ffm, 209-230.
- Offe, C. (1991), Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, in: *Merkur*, H.4, S.279-292.
- Sachverständigenrat zur Begntachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1992), *Jahresgutachten 1992/93*, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (1992), *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern*, Wiesbaden.
- Scheremet, W. (1992), Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland, in: *DIW-Wochenbericht* 7/1992.
- Vobruba, G. (1991), *Jenseits der sozialen Fragen*, Frankfurt a.M.
- Voigt, H. (1993) Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus April 1991, in: *Wirtschaft und Statistik* 3, S.191-199.
- Wiesenthal, H. (1993), Institutionelle Dynamik und soziale Defensive. Eine vergleichende Betrachtung der Akteurskonstellation im Transformationsprozeß der neuen Bundesländer, in *BISS public*, H.11, S.5-23.